

Zur Lage in den deutschen Soldatenbünden

Im Herbst 1951 wurde für die unvorbereitete Öffentlichkeit überraschend ein „Verband deutscher Soldaten“ (VdS) gegründet, ein Zusammenschluß des „Bundes versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmachtangehöriger“ mit einigen andern soldatischen Bünden (u. a. Großdeutschland, Afrikakorps, Fallschirmjäger), die im Laufe des Jahres schon hervorgetreten waren. Danach las man in einigen Zeitungen, es sei ein Block von Millionen deutscher Soldaten im Entstehen, dem neben dem DGB und dem angeblich ebenfalls wachsenden Mittelstandsblock ein bedeutendes innenpolitisches Gewicht zukommen werde.

Dieser Soldatenblock ist bisher jedoch nicht zustande gekommen. Die Szene bei den Soldatenbünden wird im Gegenteil von Mißtrauen und Zerplitterung beherrscht. Immerhin hat sich im Laufe der letzten beiden Jahre im Lager der ehemaligen Soldaten eine beachtliche, wenngleich gar nicht einheitliche Entwicklung vollzogen. Hunderte von Traditionsgemeinschaften ehemaliger Regimente, Divisionen oder Waffengattungen sind entstanden und entstehen am laufenden Band weiter. Nachrichten über Neugründungen gehören bereits zu den Alltäglichkeiten. Nur selten noch horcht die Öffentlichkeit auf.

Am 26. Oktober 1952 fand in Verden an der Aller ein erstes größeres Nachkriegstreffen ehemaliger Waffen-SS-Soldaten statt, das aus besonderen Gründen ein weltweites, bitterböses Echo auslöste. Der als Gast anwesende ehemalige Fallschirmjägergeneral *Ramcke* hielt, sehr zum Verdruß seiner Gastgeber, eine wilde Rede gegen die „wahren Kriegsverbrecher“, die Alliierten nämlich. Die Antwort der Umwelt, die auch tausend giftige Übertreibungen ergab, war etwa: Da seht ihr, die Deutschen haben sich keine Spur geändert, die Nazis marschieren wieder. Aus den Parlamenten Frankreichs, Englands und Dänemarks wurden die Regierungen mit Anfragen bestürmt, was sie gegen die zutage tretenden, offenbar gefährlichen Tendenzen in der Bundesrepublik zu unternehmen gedächten. Aber nicht nur im Auslande erhoben sich besorgte Fragen, auch viele Deutsche, die sich bis dahin um die Entwicklung bei den Soldatenbünden nicht gekümmert hatten, begannen sorgenvoll oder auch erbittert und vorurteilsvoll zu fragen, was denn in der Freiheit der Bundesrepublik an Unmöglichem alles möglich sei.

„Stahlhelm“, Waffen-SS, Soldatenbünde, Traditionsgemeinschaften, Kundgebungen, Forderungen — es scheint wirklich an der Zeit, das verwirrende Bild zu deuten, Tendenzen und Größenordnungen zu bestimmen, zu untersuchen, ob und gegebenenfalls welche Gefahren für die Demokratie sich herauszustellen beginnen. Im folgenden soll versucht werden, einen Überblick über die mannigfaltigen Erscheinungen und ihr bisheriges Wirken zu bieten.

Triebkräfte

In den meisten großen Ländern der Welt, bei allen westeuropäischen Nachbarn Deutschlands bestehen soldatische Veteranenverbände, die zum Teil — wie in den USA und in England — enormen Einfluß im öffentlichen Leben ihrer Länder gewonnen haben. Wir denken dabei nicht an Verbände der Kriegsoffer, deren Rolle nicht erklärt zu werden brauchte, sondern an Organisationen, die sich zwar auch Fürsorgeaufgaben stellen, im wesentlichen aber der Pflege von Korpsgeist und militärischer Tradition dienen.

Der Einschnitt in das gewohnte Leben durch die Erfüllung der Wehrdienstpflicht hat seit je mit besonderer Erinnerungsgewalt fortgewirkt. So gibt es Bünde ehemaliger Soldaten schon seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Volksheere. Über die Verbundenheit, die ein gemeinsames Kriegs- oder Gefangenschaftserlebnis ergeben

ERNST RIGGERT

kann, braucht kein Wort verloren zu werden. Es spricht nicht gegen die Soldatenbünde, daß es zahllose ehemalige Soldaten gibt, die sich ihrer Militärdienstzeit am liebsten nie wieder erinnern würden.

Wir können hier keine Darstellung der über hundertjährigen Tradition deutscher Soldatenbünde geben. Jedoch muß der allgemeine Ausgangspunkt für die neuen Bünde bezeichnet werden. Sie sind einmal entstanden aus dem Begehren der ehemaligen Berufssoldaten, die ihnen von den Alliierten entzogenen Versorgungsrechte wiederhergestellt zu sehen. Aus der Millionenzahl der ehemaligen Reservesoldaten fanden sich sodann kleinere Kreise zusammen, die in der Erinnerung an die Kriegskameradschaft sich der Überwindung besonderer deutscher Notstände widmeten. Dazu zählen die Aufklärung ungezählter Vermissenschicksale, die Sorge für notleidende Hinterbliebene, die Werbung für eine Lösung der Kriegsverurteiltenfrage und die Bekämpfung der Kollektivverdammungen deutscher Soldaten.

Der Repräsentant der ehemaligen Berufssoldaten ist gegenwärtig der „*Verband deutscher Soldaten / BvW*“ (= „Bund ehemaliger versorgungsberechtigter Wehrmachtangehöriger“), dessen ursprüngliche Mitglieder die überwiegende Mehrzahl seiner 100 000 Anhänger stellen. Daneben stehen die vielen größeren und kleineren Traditions- . gemeinschaften in den verschiedensten Stadien der Organisation. Wir haben sehr feste Zusammenschlüsse, wie z. B. den „Bund deutscher Fallschirmjäger“ mit 4000 Mitgliedern, um die sich noch etwa 16 000 Familienangehörige und Interessenten scharen, und ganz lose Regimentsvereinigungen, die sich jährlich nur einmal zu einem Wiedersehen treffen. Zu den Traditionsgemeinschaften sind auch die seit zwei Jahren existierenden lokalen Gruppen ehemaliger Waffen-SS zu rechnen, die sich „Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit“ (HIAGs) nennen.

Mit dem Beginn der Diskussion um einen deutschen Verteidigungsbeitrag erfuhr die Soldatenbewegung einen begreiflichen Auftrieb. Die Verworrenheit der rechtlichen und politischen Situation und eine verbreitete Ratlosigkeit haben den Bünden viele neue Mitglieder zugeführt. Das Interesse wandte sich nun auch der Erörterung der allgemeinen wehrpolitischen Fragen zu. Schätzungsweise sind gegenwärtig 500 000 bis 600 000 ehemalige deutsche Soldaten Mitglieder eines loseren oder festeren soldatischen Bundes. Dabei sind die großen Bünde, der Kriegsoffer- und der Heimkehrerverband, bei denen soziale Betreuung und Vertretung im Vordergrund stehen, nicht mitgezählt.

Das Bild deutscher Soldatenbünde wäre nicht vollständig, wenn man gewisse Überbleibsel einer älteren Soldatenbundtradition übersehen würde. Seit Jahr und Tag ist der politisch ausgerichtete „Stahlhelm“ unter der alten Reichskriegsflagge wieder auf dem Plan. Er hat zwar nur einen Bruchteil seiner früheren Mitglieder wieder zu sammeln vermocht, aber doch in gewissen Gegenden merklichen Einfluß gewonnen. Fast überall ist er ein nachwuchsloser Bund der ganz Alten, die sich durch keine Erfahrung beirren lassen. Er müßte aussterben, wenn ihm nicht ein bundesinnenministerielles Wohlwollen zuteil würde. Im übrigen gibt er sich koalitionstreu. Hier und da ist eine stärkere Verbindung zu Gruppen der Deutschen Partei zu beobachten. Die meisten anderen Soldatenvereinigungen, die ausdrücklich keinerlei parteipolitische Bestrebungen verfolgen wollen, grenzen sich vom „Stahlhelm“ und seiner Hugenberg-Seldte-Tradition betont ab.

Neuerdings hat sich auch der Kyffhäuserbund neu konstituiert, der ehemalige gleichgeschaltete Reichskriegerbund, mit dem uralten General a. D. *Reinhard* an der Spitze. Er bildet eine Organisation ohne Mitgliedschaft, mit der es aber insofern eine besondere Bewandnis hat, als es nennenswerte Kyffhäuserstiftungen gibt, die dem Bunde bzw. seinen Treuhändern, jetzt wieder zufallen (Waisenhäuser, Erholungsheime und andere Liegenschaften), und die ihm eine erklärliche Anziehungskraft verleihen. Eine Gruppe ehemaliger Offiziere hat sich in den Kopf gesetzt, die immer wieder auftauchende Frage

nach einem Zusammenschluß aller Soldatenbünde mit Hilfe des Kyffhäuserbundes zu lösen. Alle wesentlichen darob befragten Soldatenbünde aber haben sich einem solchen Lösungsvorschlag verschlossen, weil er alle alten Belastungen aus innerpolitischen Gegensätzlichkeiten, aus NS- und monarchistischer Tradition konservieren und jede umfassende Organisation von vornherein ausschließen würde. Dennoch werden Bestrebungen, die Soldatenbünde unter der Kyffhäuserflagge zu einigen, fortgeführt. Ihnen widmet sich u. a. auch der Vorgänger Theodor Blanks, General a. D. *Gerhard Graf von Schwerin*.

„Hilfsgemeinschaften ehemaliger Waffen-SS“

Ungefähr 15 000 ehemalige Waffen-SS-Angehörige haben sich nach und nach auf lokaler Ebene, unter Ablehnung einer zentralen Organisation zu „Hilfsgemeinschaften auf Gegenseitigkeit“ zusammengeschlossen. Von Hamburg ausgehend, haben sich HIAGs in über hundert Orten der Bundesrepublik gebildet, mit denen noch etwa die doppelte Anzahl ehemaliger Waffen-SS-Leute als Versammlungsbesucher in Verbindung stehen.

Die HIAGs wurden mit denselben Zielen wie die anderen Traditionsgemeinschaften gegründet. Der „Verband deutscher Soldaten“ nahm sie korporativ in seine Reihen auf, obgleich bei nicht wenigen Heeresoffizieren eine fühlbare Abneigung gegen die Waffen-SS besteht, diese auch gesetzlich nicht als Wehrmachtteil anerkannt ist. Bekanntlich wurde die Waffen-SS mit Ausnahme ihrer Unfreiwilligen in Nürnberg gemeinsam mit der Allgemeinen SS als verbrecherische Organisation verurteilt. Im Laufe des Krieges haben 900 000 Mann in der Waffen-SS gedient, von denen etwa 300 000 als gleichberechtigte Bürger der Bundesrepublik neben uns leben. Diese Zahl von Männern in den besten Jahren bedeutet ein innerpolitisches Problem, das sich mit den HIAGs in unabwiesbarer Deutlichkeit stellt.

Im Auslande ist vielfach der Eindruck entstanden, es handele sich dabei um eine neue SS-Bewegung. Feststellen läßt sich, daß die HIAGs behaupten — und dieser Behauptung praktisch nicht widersprechen —, ihre alte Formation sei auch für sie Vergangenheit. Nur insofern sei im Kameradenzusammenschluß noch etwas zu tun, als es gelte, zu helfen, wo andere nicht helfen, zu erreichen, daß sie und die 250 000 Gefallenen der Waffen-SS hinfort nicht als eine Art Partisanen, sondern als ehemalige deutsche 'Soldaten anerkannt würden. Im übrigen seien sie bereit, in einen allgemeinen deutschen Soldatenbund einzutreten, sobald dieser dauerhaft verwirklicht werde.

Die Versammlungen der HIAGs sind öffentlich. Antidemokratische Demonstrationen gab es darin nicht. Die Versuche, ihre geschlossenen Gruppen für Parteizwecke zu gewinnen, wie sie hier und da von DP, BHE oder SRP gemacht worden sind, wurden abgewiesen. Die HIAGs pflegen betont diszipliniert, maßvoll und versöhnlich aufzutreten. Auch wer diese Disziplin mißtrauisch betrachtet, sie sei womöglich nur die taktische Voraussetzung für die Erreichung gewisser Ziele, darf ihnen gegenüber kein kollektives Verdammungsurteil aufrechterhalten.

Es ist glaubhaft, daß sich zwischen der Waffen-SS auf der einen Seite und Hitler, Himmler, Allgemeiner SS, Bewachungsverbänden, Gestapo und SD auf der anderen Seite im Verlaufe der Ereignisse Gegensätze herausgebildet haben, die bei vielen in den Jahren der Kriegsgefangenschaft und der Lagerhaft zu einer echten Aufgeschlossenheit geführt haben. Mehr als die Hälfte aller Waffen-SS-Angehörigen waren ohnedies von den Wehersatzbehörden eingezogen. Wenn jetzt ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl zu bemerken ist, so rührt das von der Kollektivverurteilung her, die sie fälschlich fast unterschiedslos getroffen und damit den für zahllose Opfer des braunen Regimes schwer ertragbaren Zusammenschluß mit hervorgerufen hat.

Generaloberst a. D. *Paul Hausser*, der anerkannte Senior der ehemaligen Waffen-SS, hat im Dezember 1952 auf die Frage: Warum denn Organisation als frühere Waffen-SS? u. a. folgendes geantwortet: „Um den im Gesetz gemäß § 131 noch ent-

ERNST RIGGERT

rechteten Hinterbliebenen der Gefallenen und in Not befindlichen Kameraden zu helfen, um ferner die Schicksale der Vermißten zu klären, haben sich in vielen Orten die früheren Angehörigen unserer Truppe zu Hilfsgemeinschaften zusammengeschlossen. Für diese gilt verbindlich meine öffentliche Erklärung vom 27. November 1951, in der wir uns loyal zur Demokratie und zu der Bundesrepublik bekennen. Sie ist ernst gemeint! Dafür bürgе ich. Wer sich ihr nicht anschließt, hat in unsern Reihen nichts zu suchen. Jede radikale Entwicklung lehnen wir ab. Ressentiments — so verständlich sie sind — müssen überwunden werden. Das wird uns leichter, wenn man uns als vollwertige Bürger achtet und danach behandelt. Wir haben eine siebenjährige Bewährung hinter uns! Wir wollen keine Restauration unserer Verbände, wir wissen, daß sie der Vergangenheit angehören.“

Man mag die Tatsache der Bünde ehemaliger Waffen-SS als Teil einer Fehlentwicklung ansehen, die sich hätte vermeiden lassen müssen, heute muß man mit den vorhandenen Tatsachen rechnen. Die übersichtlichen Gruppen der HIAGs stellen keine akute, auch keine bestimmte potentielle Gefahr dar. Noch unbestimmte potentielle Gefahren für die unentwickelte deutsche Demokratie gibt es auf vielen Seiten. Wenn die Bundesrepublik nicht zu einer innerpolitischen Konsolidierung gelangt, können diese Gefahren wachsen und akut werden. Es wäre m. E. aber verfehlt, wenn man, von der Vergangenheit bestimmt, den auf Assimilation drängenden Gruppen ehemaliger Waffen-SS besondere antidemokratische Neigungen zutrauen würde. Von den nationalistischen Entgleisungen Ramckes in Verden sind nicht die Fallschirmjäger, zu denen Ramcke gehört, wohl aber Sprecher und Zeitschrift der HIAGs abgerückt — sie werden deswegen von reinen Nationalisten, wie z. B. dem Luftwaffenoberst *Rudel*, angegriffen.

Gescheiterte Einigungsversuche

Im Fortgang der Diskussion über einen bundesdeutschen Verteidigungsbeitrag mehrten sich innerhalb der deutschen Soldatenbünde die Stimmen, die auf eine Dachorganisation für alle drängten. Diese sollte sich als Vertreterin ehemaliger deutscher Soldaten an der Erörterung der wehrpolitischen Fragen beteiligen. Ohne weitere Vorbereitung und ohne echte Einschätzung der besonders durch den Nationalsozialismus geförderten inneren Zerrissenheit wurde darauf im September 1951 von einer Versammlung überwiegend ehemaliger höherer Offiziere in Bonn der „Verband deutscher Soldaten“, VdS, gegründet. Der „Bund versorgungsberechtigter ehemaliger Wehrmachtangehöriger“ versprach, im VdS aufzugehen, seine Organisation sollte aber das Gerüst des allgemeinen Verbandes abgeben. Für eine ganze Reihe von Traditionsgemeinschaften sagten ihre letzten Kommandeure den Beitritt zu. Doch die nicht befragten Mitgliedschaften meuterten. Die meisten Beitrittserklärungen mußten widerrufen werden. Ganze Landesverbände des BvW wandten sich gegen die Neugründung. Tatsächlich ergab die Bonner Gründung eher weitere Auflösung als verstärkten Zusammenschluß.

Es würde zu weit führen, die teilweise grotesken Versuche im einzelnen zu schildern, die um die Jahreswende 1951/52 in Goslar und Wiesbaden mit dem Ziel unternommen wurden, eine regierungsfolgsame Organisation ins Leben zu rufen. Die Soldatenbünde waren nicht unter einen Hut zu bringen. Politische Abhängigkeiten wollten sie schon gar nicht in Kauf nehmen. Der BvW erbat den neuen Namen und ein angepaßtes Statut. Der erwartete Zulauf blieb aus. Vorsitzender des VdS/BvW wurde wieder der alte angesehene Admiral a. D. *Gottfried Hansen*, Kiel, der schon vor Hitler in den Ruhestand getreten war und dem niemals nationalsozialistische Neigungen nachgesagt werden konnten.

Das Thema Dachorganisation der Soldatenbünde wurde seither nur noch von „Stahlhelm“ und Kyffhäuserbund aufgeworfen, ohne konkrete Aussichten. In allen andern Bünden ist es in den Hintergrund getreten. Allerdings kam es in einigen Städten zur Gründung örtlicher Arbeitsgemeinschaften aller lokalen Gruppen. Persönliches und

politisches Mißtrauen, die auch anzutreffende maßlose Vorstellung, als sei nach berichtigtem Muster die letzte Kriegsgeneration zuerst berufen, die unbefriedigende Gegenwart zu verändern, tiefe Gegensätze über die Frage des Soldateneides und die Geschehnisse des 20. Juli 1944 — das sind die Hauptursachen für das Scheitern aller bisherigen Bestrebungen, die Wünschvorstellung „Block deutscher Soldaten“ zu verwirklichen.

Diesen unerquicklichen Feststellungen wäre anzufügen, daß die wirklichkeitsfremde Lagebeurteilung, die zu den diskreditierenden Unternehmen verführte, längst nicht allgemein geteilt wurde. In entscheidenden Gruppen war man sich bewußt, daß man Einigkeit nicht traditionsgemäß voraussetzen dürfe, wo erst eine Klärung erzielt werden müsse, wenn die Soldatenbünde nicht zwangsläufig in Partei- und Tagespolitik abgedrängt werden sollten. Auch an dem teilweise peinlichen Rufen nach einer „Wiederherstellung der deutschen Soldatenehre“ haben sich nur kleinere Kreise beteiligt. Für die andern war klar, daß Ehre von niemandem gegeben oder genommen werden könne, außer von dem einzelnen selber, der sie preisgibt oder gewinnt. Viele Versammlungen alter Soldaten dienten würdiger Besinnung auf die Pflichten eines Bürgers in einem demokratischen Europa.

Politische Einstellung

Der VdS und die vielen Traditionsgemeinschaften des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und der Waffen-SS sind keine eigentlichen politischen Organisationen. Sie enthalten sich der Stellungnahme zu politischen Tagesfragen, die sie der Verantwortung der einzelnen überlassen. Insgesamt kann gesagt werden, daß sie einen westdeutschen Wehrbeitrag grundsätzlich bejahen, aber die Vertragsentwürfe über die EVG wegen der ungeklärten Stellung deutscher Verbände und mangelnder Gleichberechtigung, besonders auch wegen der Nichtlösung der Kriegsverurteiltenfrage mehr oder weniger entschieden ablehnen. Dies, obgleich auch Wortführer und einzelne Mitglieder für sich die Verträge bejahen. Eine Ausnahme macht ebenfalls die politische Münchener „Deutsche Soldatenzeitung“, an deren Unabhängigkeit zu glauben schwerfällt. Sie erscheint übrigens mit einer besonderen Monatsausgabe als Verbandsorgan des VdS/BvW.

Es besteht kein Zweifel, daß in allen genannten Organisationen und Gruppen die Lebensordnung des Westens anerkannt wird. Kommunistische Unterwanderungs- und Beeinflussungsversuche, wie sie vom „Führungsring ehemaliger Soldaten“ durch seine „Rundbriefe“, durch die „Internationale Militärkorrespondenz“ eines seiner Mitglieder und neuerdings durch das „Militärpolitische Forum“ eines gewissen *Ernst von Reichenau*¹⁾ unternommen wurden, sind wirksam entlarvt und abgewehrt worden.

Die Mitteilungsblätter der einzelnen Verbände bringen regelmäßig auch kriegsgeschichtliche Erinnerungen. Im „Deutschen Fallschirmjäger“ erscheint eine Darstellung in Fortsetzungen des Generalobersten a. D. *Kurt Student* über „Die Aufstellung der deutschen Fallschirmtruppe“, der „Wiking-Ruf“ der HIAGs zeigt ein Buch des Generalobersten *Hausser*, „Waffen-SS im Einsatz“, an. Neben den umfangreichen Suchdienstlisten und Nachrichten aus der Sozialarbeit der Verbände nehmen Lagebeurteilungen, Kriegs- und Gefangenschaftserinnerungen zunehmend breiteren Raum ein. Von Arbeitsvermittlungsbestrebungen und eigenen Betrieben, nach der Art des Bremer Taxi-Lloyd einer Gruppe von Fallschirmjägern, ist kaum mehr die Rede.

Nicht leugnen läßt sich, daß in einigen Soldatenbünden trotz demokratischer Statuten die Führung ein gewisses Oberkommando darstellt, das den Mitgliedern gegenüber autoritär wirkt. In andern dagegen setzt sich der Mehrheitswille der Mitgliedschaft auch gegen die Meinung des beliebtesten früheren Kommandeurs durch. Der „Stahlhelm“ hört nach wie vor auf Kommando. Militärische Anreden in dritter Person

1) Inzwischen ist Ernst von Reichenau als früherer Mitarbeiter des amerikanischen O.S.S. (Office Strategic Service) als zweifelhafter Charakter und kommunistischer Agent entlarvt und fallen gelassen worden.

kommen hier und da noch vor. Die HIAGs kennen keine Rangbezeichnungen. Man hat überwiegend den Eindruck, daß ein in den Erfahrungen der Vergangenheit begründetes Mißtrauen die Mitglieder der Bünde gegen politischen Mißbrauch immun macht.

Nicht wenige Mitglieder der Soldatenbünde sind zugleich Mitglieder der Gewerkschaften. Die Regel dürfte allerdings sowohl gewerkschaftliche als auch politische Indifferenz sein. Da die gegenwärtigen Soldatenbünde eine Wiederholung parteipolitischer Wehrorganisationen, die zur unglücklichen Geschichte der Weimarer Republik gehörten, vermieden sehen möchten, was sie durch ihre wiederholte Ablehnung des „Stahlhelm“ unterstrichen haben, wünschen sie sich ein Gesprächsverhältnis nach allen Seiten. Verständnisvolle, wohlwollende, verwerfende, skeptische, pazifistisch-antisoldatische Bemerkungen seitens führender Gewerkschafter und Politiker werden aufmerksam registriert.

Nach all diesem kann kein Zweifel bestehen, daß die Soldatenbünde trotz ihrer parteipolitischen Neutralität ein Politikum sind. Sie sind allerdings noch keine einheitliche Kraft. Daher sind sie auch mit keinem summarischen Urteil abzutun oder anzuerkennen. Vorbildliche soziale Kräfte sind ebenso in ihnen wirksam wie kleiner persönlicher Ehrgeiz und rückwärts gewandte Sehnsüchte. Man könnte sagen, sie stellen einen getreuen Querschnitt unseres Volkes dar, als dessen geschlagene Soldaten sie in mehrfacher Hinsicht einen schweren Heimweg hatten. In ihren Reihen finden sich die Sehnsucht nach befriedigender Einordnung in den Staat neben dem tödlichen Zweifel, in harten Jahren gewachsene Toleranz neben grimmiger Intoleranz.

Wohin, Soldatenbünde?

Bisher hat sich kaum einer recht um die Soldatenbünde gekümmert. Der Regierung waren sie nicht einheitlich und gehorsam genug. Selbst das Amt Blank hat keine reine Freude an ihnen erlebt. Zum Teil haben sie sich bei der Opposition vorgestellt. Aber die Fühlung ist bald wieder abgerissen. Im Grunde haben die deutschen Soldatenbünde alle enttäuscht, diejenigen, die sich von ihnen eine willkommene Hilfstruppe für die Durchsetzung der Verteidigungsverträge erhofften, und diejenigen, die ihnen in kühler Sachlichkeit, skeptisch oder resigniert begegneten. Das spricht nicht unbedingt gegen sie. Ihre eigene Enttäuschung ist offenkundig. Ihr weiterer Weg zur Klärung, Selbstentscheidung und Selbstbescheidung aber dürfte noch mühselig und zeitraubend sein.

Die Soldatenbünde sind keine Staatsgefahr, sie sind auch kaum reaktionär — von den gekennzeichneten Ausnahmen abgesehen. Aber sie sind schwierig, so schwierig wie eben die Stellung eines alten Soldaten nach jahrzehntelanger Fehlentwicklung des Verhältnisses von Wehrmacht und Staat, nach dem Mißbrauch, den der Nationalsozialismus mit ihr getrieben hat, nach den Kollektivurteilen, die über den wehrlos Gewordenen nach der Niederlage zusammenschlugen, nur sein kann. Der neue Staat ist dem alten Soldaten vielfach noch keine Heimat geworden, obgleich er ihn als Ansatzpunkt für jede neue Arbeit bejaht. Den meisten geht es nicht um Glanz und Gloria der Uniform. Diejenigen, die sich unter ungeklärten Verhältnissen um Wiederverwendung bemühen, die von neuen Orden träumen, die nichts anderes kennen als die HDV, werden nicht besonders geschätzt. Der Staat hätte an den Soldatengruppen etwas zu gewinnen, doch kann er sie nicht kaufen. Der demokratische Staat könnte an ihnen auch viel verlieren, wenn es nicht gelingt, sie einzuordnen und zu überzeugen. Nicht für eine Partei, sondern für demokratische Mitarbeit.

Daß der ehemalige Soldat ein echter Bürger des demokratischen Staates werde, daß der zukünftige nichts anderes sei, das ist das Grundanliegen, auf das unsere Betrachtung führt. Ob eine Entwicklung dahin den eigenwilligen soldatischen Zusammenschlüssen dienlich sein würde, ob sie aufgegeben werden müßten oder fortschrittlich umgeformt und entwickelt werden könnten, das ist eine zweite Frage, auf die heute noch nicht geantwortet werden kann.